

#wirfahrenzusammen: Streiks im Leipziger Nahverkehr

von Niliam, zuerst erschienen bei der Gruppe Arbeiter:innenmacht, Februar 2023

Zweimal stand der ÖPNV Leipzigs in den letzten Tagen komplett still.

Am Mittwoch, dem 22.02. fanden wie auch am Freitag, dem 17.02. Warnstreiks statt. Nachdem letzte Woche alle vom TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst, unter ihn fällt auch Leipzigs Nahverkehr) betroffenen Beschäftigten streikten, waren es am Mittwoch ausschließlich die Beschäftigten der LVB (Leipziger Verkehrsbetriebe). Der für den Streik gewählte Tag war brisant: trafen doch RB Leipzig und Manchester City im Rahmen eines Champions League Spiels aufeinander. Tausende von Menschen und internationale Gäste waren zu erwarten. Ein erheblicher Reputationsverlust für die Stadt Leipzig war vorauszusehen.

Dies unterstreicht einmal mehr den Kampfeswillen der Beschäftigten, nach ihrer Forderung von 10,5% mehr Lohn, aber mindestens 500€ bei einer Laufzeit von 12 Monaten für die nächste Verhandlungsrunde Ende März. Wir zeigten uns im Rahmen der Kampagne #wirfahrenzusammen u.a. zusammen mit der Gruppe Arbeiter:innenmacht an Streikposten in der Stadt und auf der Großkundgebung am Freitag mit den Streikenden solidarisch. Auch wenn es sich nur um eine reine Lohntarifrunde handelt, müssen wir doch klarmachen, dass der Ausbau des ÖPNV dringend für eine Mobilitätswende gebraucht wird.

Während der Nahverkehr oft vernachlässigt, teuer und schlecht ausgebaut ist, wird immer noch auf klimaschädliche Fortbewegungsmittel gesetzt. Wir fordern massive Investitionen in den Nahverkehr - für die Beschäftigten, für das Klima und für die Fahrgäste! Sachsen ist Schlusslicht, was die Bezahlung der Beschäftigten im ÖPNV angeht!



Urabstimmung für Erzwingungsstreiks jetzt!

Letzten Freitag waren wir bereits ab Streikbeginn um 3 Uhr morgens am Betriebshof „Angerbrücke“.

Mit den Beschäftigten haben wir uns über die schlechten Arbeitsbedingungen sowie die bestehenden Ängste und Sorgen hinsichtlich der stark gestiegenen Verbraucherpreise ausgetauscht und darüber gesprochen, weshalb die Forderung der Tarifrunde das Mindeste ist, auf was sich eingelassen werden sollte. Sie durchzusetzen wird nur möglich, wenn die Verantwortlichen von ver.di schnell dazu getrieben werden, eine Urabstimmung für Erzwingungsstreiks durchzuführen.

Wichtig ist die gemeinsame Organisation im Arbeitskampf – der Klimaschutz steht nicht gegen die Arbeitsplätze, wie uns die Kapitalist:innen oft weis machen wollen. Die Klimabewegung kämpft mit den Beschäftigten für die gleichen Interessen! Gemeinsam werden wir am 03.03. den globalen

Klimastreik in Leipzig unterstützen.

Unsere Solidarität bedeutet auch Fahrgastgespräche zu führen und auf die berechtigten Belange der Streikenden aufmerksam zu machen. Der ÖPNV muss für eine klimaneutrale Zukunft zwingend ausgebaut werden. Mit Plakaten wurde an den Haltestellen darauf aufmerksam gemacht, weshalb die Busse und Bahnen still standen. Mit den Gäst:innen haben wir über die Gründe des Streiks gesprochen und wie berechtigt und wichtig die Unterstützung dieser ist - höhere Löhne dürfen nicht durch Ticketpreise ausgeglichen werden! Im Gegenteil fordern wir einen kostenlosen Nahverkehr, der durch die Besteuerung der Gewinne von VW und Co. finanziert wird.

Am Freitagvormittag kamen rund 2.000 Beschäftigte auf die Kundgebung der Gewerkschaft ver.di. Das Bündnis #wirfahrenzusammen hielt einen Redebeitrag über den gemeinsamen Kampf von Klimaschutz und den Forderungen für den Tarifvertrag. Die Masse zog nach weiteren Redebeiträgen einmal ums Leipziger Rathaus und machte OB Burkhard Jung deutlich klar: „Zusammen geht mehr“ und dass die vergangenen und zukünftigen Reallohnverluste zwingend aufgefangen werden müssen!

Die Arbeitgeberseite hat ein erstes Angebot vorgelegt, welches nicht als solches bezeichnet werden kann. Ihr Vorschlag: Eine Lohnerhöhung von drei Prozent zum 1. Oktober 2023, sowie eine weitere lineare Erhöhung der Entgelte um zwei Prozent zum 1. Juni 2024. Statt eines monatlichen Mindestbetrags mit sozialer Komponente bieten die Arbeitgeber zwei einmalige Inflationsausgleichszahlungen an: 1.500 Euro im Mai 2023 und erneut 1.000 Euro im Januar 2024. Für Nachwuchskräfte sollen die Einmalzahlungen 750 Euro bzw. 500 Euro betragen.

Fallen wir nicht darauf rein! Mit Einmalzahlungen und Verlängerung der Dauer des Tarifvertrages versuchen die Arbeitgeber eine wirkliche Verbesserung vorzutäuschen. Diese bedeuten aber weiterhin Reallohnverluste, welche nicht hinnehmbar sind. Auch wenn ver.di das Angebot sicher nicht annimmt, heißt es wachsam sein! Es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Tarifkommission auf einen faulen Kompromiss

einlässt.

- Verkehrswende heißt gute Arbeitsbedingungen für Nahverkehrsarbeiter:innen!
- Macht Stunk – die ver.di-Verantwortlichen müssen zur Einleitung der Urabstimmung gezwungen werden! Kündigt die Schichtungsklausel!
- Für einen Streik in den Händen der Beschäftigten: Organisiert Euch selbst im Betrieb, wählt ein Streik- und Aktionskomitee, fordert öffentliche Verhandlungen sowie eine direkte Wähl- und Abwählbarkeit der Tarifkommission!
- Gewerkschaften und Lohnabhängige in die Offensive!



Interview der Leipziger Gruppe Handala

Wir spiegeln hier ein Interview, das unsere Genoss_innen von der Gruppe Handala geführt haben.

Du hast dich an der Demo „Jetzt reicht’s“ des DGB und der Linkspartei beteiligt. Was war deine Motivation?

Das Thema der Demo betrifft mich sehr: Ich habe Angst vor der kommenden Stromrechnung und den Heizkosten. Seit ich nach Deutschland gekommen bin, 2015 so wie viele andere Flüchtlinge aus Syrien, habe ich versucht einen Job zu finden. Ich musste natürlich erst die Deutsch- und Integrationskurse absolvieren, ich hatte anfangs gedacht, dass ich wie in Syrien mit Kindern arbeiten könnte. Ich habe in Damaskus eine Ausbildung gemacht und in einem Soziokulturellen Zentrum für Kinder in Yarmouk gearbeitet, wo ich aufgewachsen bin und lebte. Schnell habe ich dann verstanden, dass ich hier als unqualifiziert gelte. Auf meine Bewerbung zu einer Assistentkraft in KiTas habe ich nicht einmal eine Antwort bekommen. Ich habe auch versucht mich bei Supermarktketten zu bewerben, aber auch diese wollten mich nicht. Mein Deutsch ist nicht so gut und ich trage Kopftuch. Das geht ja übrigens beinahe allen Flüchtlingen so, dass sie keine gute Arbeit finden und nicht in dem Bereich, in dem sie früher gearbeitet haben. Momox hat mich schließlich genommen. Es ist mein erster Monat bei Momox und ich weiß noch nicht, was netto bei mir herauskommt. Da ich mich gerade erst an die

Schichten gewöhnen muss und an einen veränderten Schlafrhythmus, liege ich häufig wach und denke, ob der Lohn wohl für die Heizkosten reicht? Also bin ich zur Demo gegangen mit meiner palästinensischen Gruppe, Handala. Das klingt vielleicht etwas lustig, aber für mich war es die erste „deutsche“ Demo, also eine Demo, die nicht von Handala zu Palästina organisiert wurde, sondern von deutschen Organisationen. Auf der Demo hielt eine Kollegin von mir, die auch bei Momox arbeitet, eine Rede auf dem Podium. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Ich habe versucht zu verstehen, was sie sagt, aber leider konnte ich mich nicht darauf konzentrieren. Ich hatte ein Schild in der Hand, das die Organisator:innen der Demo verärgerte und es kam zu einem lauten Tumult, also habe ich die Rede verpasst. Was ist denn genau passiert? Was war der Tumult? Wir hatten für die Demo ein Pappschild und ein Transparent vorbereitet und ich hielt das Schild, auf dem stand: „Gegen jede Besatzung“, daneben war eine Karte Palästinas in palästinensischen Farben gemalt. Es kam ein Mann auf mich zu und stellte sich vor mich. Er bedeckte mit seinem eigenen Transparent unser Schild. Ich fand das sehr irritierend und versuchte ihm zu erklären, dass dies Palästina sei und Israel Palästina besetze. Er sagte: „Nein, das ist Israel“. So habe ich erst verstanden, dass er einer von diesen sogenannten deutschen „Antideutschen“ ist, die ich hier erst durch die Palästina-Demos kennen gelernt habe. Vorher wusste ich gar nichts davon, dass in Deutschland einige vermeintliche Linke für Israel sind. Da ich bereits sehr schlechte Erfahrungen mit diesen Leuten gemacht habe, dachte ich, dass es bestimmt keinen Sinn macht, mit ihm zu

diskutieren. Das fällt mir auf Deutsch ohnehin sehr schwer. Es kamen dann aber noch viel mehr Leute, die sehr hitzig mit meinen Freund:innen sprachen, die schon länger in Deutschland leben. Ich habe ehrlich gesagt nicht viel verstanden. Ich wusste nur, dass sie unsere Teilnahme nicht wollten. Da ich körperlich eher klein bin, habe ich unser Schild einem Freund gegeben, der viel größer ist, als ich. Er ist sehr jung und kommt aus Gaza. Er ist so neu hier in Deutschland, dass er wirklich wenig verstanden hat, was um ihn herum gesagt wurde, aber er hielt das Schild über die Köpfe aller anderen hinweg in die Höhe. Die Leute vom Bündnis, mit denen wir als Handala auf der Demo waren, versuchten uns zu schützen vor diesen Antideutschen. Doch eine Frau von ihnen - von der ich später erfuhr, dass sie eine wichtige Person in der Linkspartei ist - nahm ihm das Schild gewaltsam weg. Sie hat es einfach zerrissen. Ich habe es nicht glauben können. Warum reagieren Leute, die sich als Linke verstehen, so aggressiv auf Handala? Ich verstehe überhaupt nicht, warum. Wirklich nicht. Ich verstehe es nicht. Es ging doch um die Palästina-Karte, oder? Ja, darum ging es. Außerdem wurde uns gesagt - mir musste dies immer von den anderen verdolmetscht werden - dass Nationalfahnen auf der Demo nicht erlaubt seien. Wir sind auch darauf eingegangen. Wir haben die Karte in palästinensischen Farben ausgeschnitten. Als die Frau von den Linken uns das Schild entriss, waren nur die Umrisse der Karte zu erkennen. Mir wurde von meinen Freund:innen erklärt, dass die Frau gesagt haben soll, dass wir die Demo für unsere Sache ausnutzen würden und dass die Karte antisemitisch sei, weil sie ganz Palästina zeige.

Ich denke, die Frau und diese Antideutschen haben unser Schild überhaupt nicht verstanden. Und ich habe wiederum nicht verstanden, wie die Demo den Krieg in der Ukraine selbst ausgeklammert hat.

Die Energiepreise, die uns so viel Angst bereiten, sind doch eine Folge des Krieges.

Wenn wir als Palästinenser:innen sagen, dass wir gegen jede Besatzung sind, dann heißt es doch,

dass wir auch gegen die Besatzung der Ukraine sind. Auf dem anderen großen Transparent hatten wir

die Länder aufgezählt, die von NATO- Staaten besetzt und bombardiert wurden und werden;

Afghanistan, Kurdistan, Libyen, Palästina und der Irak. Eine Frau hatte sich mit einer Israel- Fahne

davorgestellt. Ich war so schockiert. Diese Leute wissen überhaupt nichts.

Was wissen sie nicht?

Naja, zum Beispiel wissen sie nicht, dass es unter uns alten Flüchtlingen und den neuen Flüchtlingen

aus der Ukraine eine Art von Konkurrenz gibt und dass viel Neid durch die unterschiedliche

Behandlung durch Deutschland geschürt wird. Erst einmal wurde der Widerstand der ukrainischen

Bevölkerung gegen die russische Besatzung als heldenhaft dargestellt.

Während unser Widerstand in

Palästina gegen die israelische Besatzung als terroristisch bezeichnet wird.

Dann sagen die Staaten

und auch viele Leute hier, die Israel unterstützen, dass Russland ganz schlimm sei. Überall sind hier

Ukraine- Fahnen in Solidarität gezeigt worden. Aber mir wird eine Israel- Fahne vor mein Transparent

gehalten.

Aber auch die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine ist sehr viel besser als unsere. Sie können

sofort arbeiten, sie müssen sich nicht auf Wartelisten für eine Wohnung setzen. Der ganze Umgang

mit ihnen ist ein anderer. Daher ist es doch besonders wichtig zu sagen, dass wir gegen jede Besatzung sind. Ich denke, ich kann mich sehr gut in Ukrainer:innen einfühlen. Wenn ich sehe wie die Leute in der Ukraine bombardiert werden, dann weiß ich, wie sich das anfühlt. Ich habe die lange Belagerung und Aushungerung meines Flüchtlingslagers Yarmouk durch syrische Regierungstruppen erlebt. Wir waren eingeschlossen, wir hatten kaum etwas zu essen, wir haben richtig gehungert und wir wurden dabei aus der Luft mit Raketen beschossen. Der junge Mann von uns, dem die Frau von den Linken das Schild entrissen hat, war zur gleichen Zeit, als ich in Yarmouk die Belagerung und Bombardierung erlebte, unter dem Bombardement Israels in Gaza. Er hat insgesamt drei große Bombardierungen erlebt: 2008/9, 2014 und 2021. Wie in Yarmouk konnten die Menschen in Gaza auch nicht fliehen, weil sie eingeschlossen sind. Wer wenn nicht wir, versteht die Situation der Ukrainer:innen? - Das ist es vor allem, was sie nicht wissen. Wie geht es jetzt weiter bei Handala? Ich denke, wir müssen weiter machen und besonders unsere Community hier vor Ort gewinnen. Das ist sehr schwierig, denn wir werden immer angegriffen und beschimpft. Wie bei vielen anderen Palästinenser:innen war die Nakba- Kundgebung im Mai letzten Jahres meine erste Demo- Erfahrung in Deutschland. Einerseits war es ein sehr gutes Gefühl auf dem Augustusplatz zu stehen und gegen die ethnische Säuberung von Sheikh Jarrah in Jerusalem und die Bombardierung des Gaza- Streifens zu demonstrieren. Aber es war für viele wie mich auch die erste Erfahrung mit den Antideutschen und einer Berichterstattung, die uns als antisemitisch diffamierte. In der

Folge gab es in Deutschland eine Diskussion über Abschiebungen von „antisemitischen“ Palästinenser:innen. In den arabischsprachigen Sozialen Medien wurde davor gewarnt, sich Demonstrationen anzuschließen.

Wenn man Flüchtling ist, gar noch im Asylverfahren, aber auch danach; wenn man an die

Verlängerung des eigenen Aufenthaltes denkt, dann ist es ohnehin schwierig, keine Angst zu haben,

politisch aktiv zu werden. Es wird einem manchmal mulmig. Und wenn dann noch Menschen, die sich

als Linke verstehen, gegen uns sind und uns als Rassist:innen beschimpfen, dann wird einem noch

mulmiger. Vielen aus der Diaspora macht das besonders viel Angst.

Daher bin ich sehr, sehr froh, dass die Leute und Organisationen unseres anti-imperialistischen

Bündnisses uns geschützt und sich mit uns solidarisiert haben. Das hat mir Hoffnung gegeben. Auch,

dass mir später ein Mann geholfen hat, das unzerstörte, große Transparent während der

Demonstration zu tragen, war sehr schön. Er war auch Ausländer, aber nicht aus einem arabischen

Land, und er arbeitet auch bei Momox. So war es auch bei der Nakba-Demo selbst. Es

demonstrierten sehr viele Menschen aus vielen Ländern - z.B. aus Südamerika - mit uns mit. Das

müssen wir so an unsere Community weitergeben: Die Internationale Solidarität ist stärker als der

Hass der Antideutschen.

Was ist deine Position und die Position von Handala zur Palästina-Frage?

Die Frage klingt so theoretisch. Ich glaube, viele Leute hier in Deutschland wissen nicht, dass wir,

anders als sie selbst, nicht einfach nach Tel Aviv fliegen können, am Strand von Jaffa, unter dem sich

ein palästinensisches Massengrab befindet, liegen und unsere ehemaligen Dörfer und Städte sehen

können.

Die Position unserer Gruppe Handala ist sehr klar: Wir wollen ein Ende der Siedlerkolonie und

Apartheid. Wir wollen einen einzigen Staat für alle Menschen mit gleichen Rechten - egal welchen

Hintergrunds, ob Einheimische oder ehemalige Siedler:innen - und die Rückkehr aller

palästinensischen Flüchtlinge, wenn sie dies so wollen.

Ich möchte einfach zurückkehren können nach Palästina. Ich komme aus dem Dorf Lubyia in der Nähe

des See Genezareth. Also auf der „antisemitischen“ Karte, die wir hochgehalten haben, ganz im

Norden gelegen. Es war eines der größten Dörfer in der Umgebung und hatte beinahe Zweitausend

Einwohner. Über Monate hinweg hat das Dorf Widerstand geleistet gegen die Golani Brigarde, die

den Befehl hatte, mein Dorf von seinen Einwohner:innen zu säubern, und dann Teil der israelischen

Armee wurde. Nach dem Fall Nazareths wurden dann auch meine Großeltern vertrieben. Mein Opa

hat mir sehr viel von dieser Zeit erzählt. Er ist inzwischen in Yarmouk gestorben. Und ja, ich möchte

zurückkehren, auch wenn Lubyia völlig zerstört wurde. Das ist meine Position zur Palästina- Frage

Leipzig: Rassistischer Angriff auf Moschee

Wenn vermeintliche Linke muslimische Gebetshäuser angreifen...

Dilara Lorin / Lukas Müller, 14. Dezember 2021

Am Abend des 13.12. gab es von Seiten der autonomen / antideutschen Szene in Leipzig eine unangemeldete Demonstration mit ca. 100 Personen auf der Eisenbahnstraße. Mit Parolen und Pyrotechnik zog die Menge durch die Straße und beschädigte dabei laut Bullen parkende Autos und zündete Müllcontainer an. Anlass war offenbar der „ACAB-Tag“. Soweit so normal für diese Strömung.

Grundsätzlich ist es gut und wichtig, auf die Straße zu gehen und auf den unterdrückerischen Charakter und die rassistischen Strukturen der Polizei aufmerksam zu machen - gerade auf der und um die Eisenbahnstraße, wo besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Dass man dabei, statt Transparente zu zeigen und Flugblätter an AnwohnerInnen zu verteilen, lieber vor der Haustür der Menschen randaliert, ist selbst schon eine politisch fragwürdige Sache. Unerträglich und ekelhaft wird es aber, wenn dabei angebliche „Linke“ Gebetsräume von muslimischen Menschen zum Ziel erklären und mit Steinen angreifen.

Die Moschee selbst gehört zur Diyanet Isler Türk Islam Birliği (DITIB), eine Organisation, die kritisiert werden muss, da die DITIP im engen Kontakt zur Erdogan-Regierung steht und die Führungen der Moscheen selbst das Regime sowie dessen Losungen unterstützen und auch verbreiten. Nichtsdestotrotz ist es ein Raum für viele Muslime und Muslima aus der Umgebung, die sonst keine andere Möglichkeit haben, in ihrer Nähe beten zu gehen. Viele von ihnen sind Geflüchtete aus Syrien oder anderen Ländern. Solche Räumlichkeiten anzugreifen während antimuslimische Hetze in jede Ritze der Gesellschaft salonfähig geworden ist, ist nicht nur falsch, sondern bedeutet auch das Geschäft der RassistInnen und FaschistInnen zu betreiben: Angst und Verunsicherung unter migrantischen Menschen zu verbreiten und die Gesellschaft anhand kultureller bzw. religiöser Linien zu spalten.

Während der NSU-Komplex, die Morde von Hanau und Halle, an Oury Jalloh, Amad Ahmad oder Giorgos Zantiotis noch immer nicht vollständig aufgeklärt sind, Angehörige, aber vor allem auch migrantische Gruppen um

Gerechtigkeit und überhaupt um Gehör kämpfen müssen, gehen Antideutsche in Leipzig während einer Demonstration los und bewerfen eine Moschee mit Steinen und zertrümmern Fensterscheiben. Noch mal zur Klarstellung: An einem Tag, wo man um die Aufklärung der unzähligen Morde und gegen die Verstrickungen des Staates darin kämpfen sollte - und zwar Seite an Seite mit migrantischen Menschen! - gehen vermeintliche „Linke“ in einer migrantisch geprägten Straße randalieren und greifen das Gebetshaus derjenigen an, die in Leipzig aber auch in Deutschland am meisten von Polizeigewalt, Racial Profiling etc. betroffen sind!

Einmal mehr haben sie unterstrichen, dass Antideutsche, auch wenn sie sich teilweise innerhalb der Linken bewegen, auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Bundesweit fallen sie durch immer schärfere Stimmungsmache gegen arabische und muslimische Menschen auf. Viele ihrer Positionen sind von denen der AfD und anderen rechten Organisationen kaum zu unterscheiden. In den Augen extremer antideutsche Gruppen (siehe z.B.: <http://raccoons.blogspot.de/2016/06/16/das-problem-heisst-islam/>) ist jeder Mensch muslimischen Glaubens ein potentieller islamistischer Terrorist oder Anhänger Erdogans gegen den es die „westliche Zivilisation“ zu verteidigen gilt. Diese Aktion muss daher als das verurteilt werden, was sie ist: Ein antimuslimischer und somit rassistischer Angriff.

Fulda: REVO vor Ort!

Fulda: Schulleitung macht Druck auf linke Schüler_Innen

Im

Zuge der Bewerbung einer Veranstaltung zu den Strategien der Umweltbewegung, waren Mitglieder unserer Fuldaer Ortsgruppe an ihren Schulen aktiv, um mit einem Flyer Mitschüler_Innen für die

Umweltproblematik zu sensibilisieren.

In

diesem Flyer argumentieren wir, dass es kein Zufall ist, dass die Regierungen trotz alarmierender wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht fähig und nicht willens sind ihre Politik zu ändern. Sie stehen stellvertretend für eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, in welcher letztlich alles den Profitinteressen der Wirtschaft untergeordnet wird - auch der Umweltschutz, denn dieser kostet Geld. Nachhaltigkeit und Kapitalismus sind zwei unvereinbare Widersprüche. Deshalb treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der sich die Wirtschaft an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und auch von diesen demokratisch und nachhaltig geplant wird.

Diese

Forderung reichte an einer Schule aus, um für Wirbel zu sorgen. Ein Vater bekam den Flyer von seinem Sohn gezeigt und alarmierte umgehend die Schulleitung. Von dieser forderte er Maßnahmen und sogar ein Eingreifen der Sicherheitsbehörden, da die Überwindung des Kapitalismus gegen die „freiheitlich-demokratische“ Grundordnung verstößt. Die Schulleitung reagierte mit einer Mail an den Elternbeirat, das staatliche Schulamt und den Beauftragten für Extremismusprävention. Nun soll der Verfassungsschutz an die Schule kommen und über „Linksextremismus“ aufklären.

Dabei

muss man sich vor Augen führen: In Hessen sind in letzter Zeit mehrere Nazi-Netzwerke bei der Polizei aufgefliegen. Weiter gab es zwei faschistische Terroranschläge. Mit dem NSU gab es 2006 noch einen dritten. Durch Hessen zieht sich eine Blutspur des rechten Terrors. Kam da mal jemand auf die Idee an Schulen darüber aufzuklären? Fehlanzeige. Und jetzt setzen sich Schüler_Innen für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft jenseits des Kapitalismus ein und der Verfassungsschutz soll kommen!? Geht's noch!?

Wir

lassen uns von Schulleitungen und Eltern, die im Kampf für eine gerechte und nachhaltige Welt ein Problem sehen, sicher nicht einschüchtern und werden auch weiterhin an unseren Schulen aktiv sein für die Überwindung des Kapitalismus!

Berlin: REVO vor Ort!

Theaterstück & Workshop zu alternativem Sexualekundeunterricht

Nachdem

wir uns auch in Berlin an der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März beteiligt hatten, führten wir am Alexanderplatz, dem Endpunkt der Demo, ein Theaterstück zum Thema „Alternativer Sexualekundeunterricht“ auf. Dazu spielten einige Mitglieder eine Schulklasse, in der gerade zum ersten Mal das Thema „Sexualität“ behandelt wird. Der von uns dargestellte Lehrer konfrontierte sie also mit den typischen Mythen und Stereotypen des Sexualekundeunterrichts wie zum Beispiel „Sex dient nur der Fortpflanzung“, „Frauen müssen sich um die Verhütung kümmern“ oder der problematischen Einteilung von Sex in Kategorien wie „normal“ und „unnormal“. Die Schüler_Innen der Klasse stellten nun

kritische Fragen an ihren Lehrer wie „Spielt Spaß beim Sex keine Rolle?“ oder „Sind diese Standards nicht super homophob?“, auf die dieser nicht antworten wollte oder konnte. Daraufhin übernahmen die Schüler_Innen selbst die Kontrolle über den Unterricht und forderten ein alternatives und fortschrittlicheres Konzept zum bisher bestehenden Sexualekundeunterricht. Ziel dieser Aufführung war es, aufzuzeigen wie sexistisch, heteronormativ und veraltet die Standards dessen sind und Schüler_Innen dazu zu ermutigen, dies auch offen in

der Schule zu kritisieren und eine Bildung einzufordern, die sich an der tatsächlichen Realität von Sexualität orientiert und nicht an sexistischen und homophoben Stereotypen. Abschließend zu unserer Aufführung öffneten wir die Diskussion für alle Zuschauer_Innen zu einem Workshop mit Themen wie Konsens und wie sich problematische Sexualpädagogik auch später noch auf unser Sexualleben auswirkt.

Dresden: REVO vor Ort!

Dresden: Schulgruppen in Aktion

von Alys

Das erste Treffen eurer eigenen Schulgruppe wurde erfolgreich durchgeführt und jetzt muss eine erste Aktion her? So ging es auch uns im Gymnasium Dresden Klotzsche. Die ersten Treffen hatten wir bereits durchgeführt und uns einen Überblick über Probleme und Themen an der Schule gemacht. Klimaschutz stand zu der Zeit im Mittelpunkt der Diskussionen vieler Schüler_Innen. Damit ist es also eine prima Möglichkeit möglichst viele Menschen anzusprechen und für eine Diskussion zu begeistern. Doch was kann man an einer Schule dahingehend verändern? Am besten etwas, womit alle Schüler_Innen täglich konfrontiert sind?

Schnell fiel unser Augenmerk auf das Mittagessen. Wenn man mittags etwas Warmes essen möchte, kommt man nicht drumherum sich ein Menü vom Essensanbieter zu bestellen. Natürlich gibt es da jeden Tag auch Fleisch zu essen. - aus Sicht des Klimaschutzes ist das problematisch, da 18 Prozent der Treibhausgase von der Fleischindustrie verursacht werden. Dazu kommt, dass das von Rindern erzeugte Methan die Erdatmosphäre 20 Mal schneller als

Kohlendioxid erwärmt. Außerdem erhöht übermäßiger Fleischkonsum die Cholesterinwerte, was wiederum das Risiko für Schlaganfälle, Diabetes Typ 2 und verschiedene Krebsarten steigert. Wir lehnen den Fleischkonsum natürlich nicht prinzipiell ab. Dennoch ist es mit der momentanen Lage des Klimas, als auch der gesundheitsschädlichen und grausamen Massentierhaltung, wahrscheinlich mehr als nötig diesen einzuschränken. Fleisch aus z.B. biologischer Landhaltung ist für die meisten viel zu teuer und wird sowieso nicht an Schulen angeboten. Es ist zwar kein revolutionärer Ansatz auf privaten Konsumverzicht zu setzen, aber solange die Produktion noch nicht demokratisch in Arbeiter_Innenhand liegt, ist die Schule ein Ansatzpunkt für Schüler_Innen sich für ihre Interessen einzusetzen. Täglicher Fleischkonsum schadet Mensch, Tier und Umwelt. Es gibt an Schulen noch keine ausreichende Aufklärung über diese Themen, deshalb sollte es wenigstens die gleiche Auswahl an Fleischgerichten und vegetarischem Essen geben.

Eigentlich sieht es an unserer Schule dahingehend schon ganz gut aus. Es gibt immer ein Gericht mit Fleisch, ein Vegetarisches und einmal Nudeln. Doch da liegt auch das Problem: Die Soße zu den Nudeln enthält meistens Fleisch. Zum Beispiel in Form von Jagdwurst oder Bolognese. Zudem ist das vegetarische Gericht meistens süß, dann gibt es zum Beispiel in einer Woche Hefeklöße, Kaiserschmarrn und Puddingsuppe. Das mag nicht jede_R und an solchen Tagen gibt es keine Ausweichmöglichkeit für Vegetarier_Innen oder Schüler_Innen, die keine Lust auf Fleisch haben.

Sehr gut lässt sich das Interesse der Schüler_Innen an mehr vegetarischem Essen in einer Unterschriftenliste darstellen. Die Hemmschwelle zu unterschreiben ist relativ niedrig und sollte unsere Forderung abgelehnt werden, wird klar wie viel Mitspracherecht Schüler_Innen wirklich haben und andere lassen sich schneller zu radikalen Kampfformen überzeugen. So haben wir es dann auch gemacht: Einen

Petitionstext verfasst und Listen ausgedruckt. Zusätzlich mit kleinen Flyern über unsere Gruppe bewaffnet, haben wir zuerst Schüler_Innen in ihren Klassen und später während der Pause in der Mensa angesprochen. Einige haben ohne zu fragen unterschrieben, aber es sind auch viele Diskussionen entstanden. Generell wurde das Thema gut angenommen und wir kamen prima in Kontakt mit interessierten Schüler_Innen. Sogar einige Lehrer_Innen haben unterschrieben.

Bis jetzt konnten wir schon 214

Unterschriften sammeln, aber das ist wahrscheinlich noch nicht das Maximum. Deshalb werden wir nach der Coronapause weitermachen und die Listen zum Schluss den Schulleiter_Innen vorlegen. Was am Ende dabei herauskommt wissen wir noch nicht. Petitionen führen an Schulen (und auch generell) zwar selten zu ihrem Ziel, aber das ist erstens kein Argument es nicht trotzdem zu versuchen und zweitens konnten wir so erst einmal ausmachen, wer interessiert ist und auch durch die Diskussionen zum Nachdenken anregen. Zum Beispiel haben die Schüler_Innen dann beim Essen weiter mit ihren Freund_Innen darüber geredet etc., und das ist für den Anfang auch schon mal was.

Jetzt in der Coronazeit können wir

vorerst keine weiteren Unterschriften sammeln. Allerdings liefert sie uns auch ein neues aktuelles Argument, denn Massentierhaltungen und Fleischindustrie erhöhen sehr wahrscheinlich die Gefahr von Pandemien wie das Coronavirus, die Schweinegrippe, die Vogelgrippe, SARS, AIDS oder Ebola. In der Zukunft wollen wir auf jeden Fall mehr Teilnehmer_Innen für unsere Treffen gewinnen und natürlich noch mehr Aktionen planen.

Also bleibt dran und organisiert euch an euren Schulen! Und keine Angst, wir haben es auch zu zweit schon bis hierhin geschafft.

Sekt und Sexismus zum Frauenkampftag in Leipzig

von Leonie Schmidt

Am Sonntag dem 8.3. beteiligten sich insgesamt 3.000 Demonstrierende in Leipzig beim sogenannten feministischen Streik. Wenngleich eine Demo im Kampf um die Frauenbefreiung eigentlich lautstark und kämpferisch sein sollte - so war das in den meisten Blöcken nicht der Fall. Hier setzte man eher auf Technomusik, Schweigen und ein bisschen Sekt um den Kampf für mehr Frauenrechte zu besiegeln. Desweiteren entschloss man sich dazu, kämpferischen, antiimperialistischen und revolutionären Frauen die Teilnahme an der Demo zu untersagen. So positionierte sich das Bündnis über den Lauti bei der ersten Zwischenkundgebung am Wilhelm-Leuschner-Platz gegen vermeintlichen Antisemitismus (aka Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf) und verbannte Aktivist_Innen von Revolution, der MLPD und dem BDS aufgrund von Antisemitismus- und Mackertum-Vorwürfen von der Demo. Diese mündliche Durchsage wurde auch durch körperliche Auseinandersetzungen bestärkt, so wurde an Fahnen und Transpis gerissen, Aktivist_Innen von Revolution geschubst und auch Genossinnen durch eine männlich gelesene Person niedergeschrien. Ebenfalls wurden Genossinnen, welche sich vorher durch ein Megaphon mit antisexistischen Parolen Gehör verschaffen wollten, als Macker bezeichnet, da sie „zu laut und aggressiv“ gesprochen haben sollen. Das Zeugt von einem sexistischen Frauenbild, wenn Frauen nur dann „gute“ Frauen sind, wenn sie sich auch leise und ruhig, wie eine Frau verhalten und das selbstbewusste Auftreten als männlich wahrgenommen wird. Selbstbewusstes Auftreten von Frauen ist wichtig und sollte unterstützt werden. Wir sind stolz als Organisation Frauen in unseren Reihen zu haben, die sich nicht scheuen, ihre Meinung zu sagen und sich in die erste Reihe zu stellen. Höhepunkt war dann, dass die Genossin von einer selbsternannten Queerfeministin als

„Fotze“ beleidigt wurde (auf Nachfrage, wurde allerdings behauptet, es wäre nur „Halt die Fresse“ gewesen). Desweiteren wurde von Seiten der Sprecherin des Bündnisses behauptet, dieser Ausschluss sei Konsens des Bündnisses gewesen und vor der Demo auf dem Plenum so beschlossen worden, das scheint aber fraglich, da es dazu keine vorherigen Veröffentlichungen gab.

Wir als revolutionäre Jugendorganisation und Internationalist_Innen weisen dieses Vorgehen und die Vorwürfe entschieden zurück. Wir empfinden es als absolut sexistisch, dass Frauen aus revolutionären Organisationen die Teilnahme an den Frauenstreiks/feministischen Streiks untersagt wird und sie zusätzlich ausgegrenzt, niedergeschrien und sexistisch beleidigt werden. So wird verbale Gewalt nicht nur gedeckt, sondern auch zusätzlich durch Teilnehmer_Innen des feministischen Streiks ausgeführt. Dieser sexistische Angriff reiht sich ein in andere, teilweise auch rassistische, Angriffe gegen Aktivist_Innen unserer Organisation, insbesondere gegenüber Frauen und nicht-weißen Genoss_Innen. So wurden beispielsweise bereits Genossinnen von antideutschen Mackern angespuckt und eine kurdische Genossin aufgefordert, ihre Koufiya abzulegen und sich wie eine „Deutsche“ zu kleiden.

Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber unserer Organisation ist auch kein Neuer und wird regelmäßig wieder ausgegraben, aber selten näher begründet. Er ist allerdings mehr als lächerlich. Wir als Revolution setzen uns regelmäßig in unseren Artikeln und Publikationen mit dem Kampf gegen Antisemitismus auseinander und haben uns auf Demonstrationen immer als verlässliche Kraft gegen

Antisemitismus, Rassismus und Faschismus erwiesen. Der Vorwurf, unser Eintreten für einen multiethnischen sozialistischen Staat im Nahen Osten und unserer Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf sei antisemitisch, empfinden wir somit als haltlos. Viel mehr denken wir, dass der Kampf der Palästinenser_Innen gegen patriachale Unterdrückung und sexuelle Gewalt und der Kampf israelischer Frauen gegen Sexismus ein gemeinsamer Teil im Kampf gegen das Patriachat sein muss.

Die Bewegung des Frauenstreiks ist eine internationalistische Bewegung. Für uns ist klar, dass keine Frau auf dieser Welt befreit ist, solange eine andere weiterhin sexistisch unterdrückt wird. Das Patriachat macht nicht vor irgendwelchen Nationalstaatsgrenzen halt, kann also nur international bekämpft werden. Wir verstehen uns als Teil des internationalen Frauenstreiks, da er überall auf der Welt die Zusammenhänge zwischen sexualisierter Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung im globalen Norden und globalen Süden aufzeigt. Nicht so in Leipzig. Dort werden Frauen, die sich dem Narrativ der deutschen Außenpolitik entgegenstellen, beleidigt, als Antisemit_innen diffamiert und zum Schweigen gebracht. Wir betrachten diesen sexistischen Angriff im Kontext weiterer Spaltungsversuche und rassistischer Anfeindungen, wie im letzten Jahr durch den „offenen Brief aus Göttingen“ geschehen, mit dem Migrant_innen aus dem Berliner Streikbündnis ausgeschlossen werden sollten. Auch die Rote Einheit Düsseldorf wurde auf dem diesjährigen Streik beleidigt und angegriffen. Wir solidarisieren uns mit den Menschen und Organisationen, die diesen Angriffen ausgesetzt sind und rufen dazu auf, die

internationalistische Grundausrichtung des Frauenstreiks hochzuhalten, sich nicht den deutschen rassistischen Diskursen anzupassen und sich geschlossen

gegen diese Vorwürfe, verbalen und körperlichen Angriffe zu wehren.

Wir fordern eine Aufklärung dieser sexistischen Vorfälle, wir erwarten eine Erklärung vom Bündnis dazu und sind auch bereit in einen Diskussionsprozess zu gehen, aber werden es nicht dulden, dass wir diffamiert werden.

Proteste und Gentrifizierung in Leipzig-Connewitz

Von Leonie Schmidt, REVOLUTION und ArbeiterInnenmacht

Seit

einigen Jahren boomt Leipzig, viele Menschen ziehen in die sächsische Stadt. Das schlägt sich natürlich auch auf dem Wohnungsmarkt nieder. Allerdings nicht nur in den sowieso schon teuren Gegenden, sondern mittlerweile auch in alternativen Stadtvierteln wie Plagwitz oder auch im Szeneviertel Connewitz, welches schon seit den 1990ern für seine linken Freiräume bekannt ist. Während die Häuser hier vorerst unangetastet blieben, kam es in den letzten Jahren zu Mieterhöhungen, Renovierungen und Neubauten. Wirklich günstig kann man mittlerweile hier auch nur noch leben, wenn man einen 15 Jahre alten Mietvertrag hat.

Aktuell

gibt es gleich mehrere Projekte für Luxusbauten, wie beispielsweise drei in der Wolfgang-Heinze-Straße, welche die Mietpreise in die

Höhe treiben und Menschen aus dem Kiez verdrängen. Andere sind ebenfalls schon fertig gestellt wie die Studierendenapartments am Connewitzer Kreuz, in welcher ein 19 m² kleines Apartment mal eben 525 Euro kosten kann oder die Neubauten neben dem „Werk 2“, für die die alten Hausbestände abgerissen und die alten Anwohner_Innen verdrängt wurden. Auch eine Nebenkostenabrechnung wird mal schnell um 100 Euro in die Höhe getrieben, um Mieter_Innen noch mehr auszusaugen. Anwohner_Innen wie geringfügig Verdienende, Arbeiter_Innen, Sozialleistungen Beziehende, Azubis und Studierende, welche nicht von den Eltern finanziert werden, können sich solche Wohnungen bereits jetzt kaum leisten. Zwischen 2012 und 2016 stiegen die Mietpreise um 21 %, 2017 gar um 10 %, 2018 pendelten sie sich wieder auf „moderate“ 5,5 % ein. Zukünftig werden sie sich wohl immer weniger ihre Wohnungen leisten können, zumal viele mit stagnierenden Löhnen und Unterstützungen zurechtkommen müssen, die schon jetzt nicht zum Leben reichen. Zusätzlicher Stress ist gegeben durch den Zwang umzuziehen und etwaige polizeiliche, alles andere als friedliche Räumungen.

In

Connewitz regt sich hiergegen Protest und so gibt es einige Ansätze die sich gegen die Verdrängung richten. Zum einen gibt es die Vernetzung Süd, welche es sich zum Ziel gemacht hat, Mieter_Innen an einen Tisch zu bringen und durch Kundgebung und Demos eine Veränderung zu bewirken. Sie fordert durchaus Schritte zur Vergesellschaftung, die sie taktisch durch den Mieter_Innenverein bewirken will, welcher sich politisch mehr engagieren soll.

Auf

der anderen Seite gibt es autonome Proteste, welche in den letzten Monaten Schlagzeilen machten und auch im Fernsehen landeten, da erstmalig im Leipziger Kontext nicht nur Bagger brannten, sondern auch eine führende Mitarbeiterin einer für einen Neubau verantwortlichen Immobilienfirma zusammengeschlagen wurde.

Das

ging für die Behörden zu weit. Die SOKO Linx gegen Linksextremismus wurde gegründet und ein 100.000 Euro hohes Kopfgeld auf die Täter_Innen ausgesetzt. Der Staat ruft also eine Hexenjagd aus. Indem er die öffentliche Entsolidarisierung bezahlt, werden zeitgleich vermehrte Polizeikontrollen und Streifen im Leipziger Stadtteil gerechtfertigt. Das eigentliche Probleme, die Verdrängung tausender Mieter_Innen, die vor allem die ärmeren Schichten der Arbeiter_Innenklasse trifft, darunter viele Renter_Innen, Alleinerziehende, Frauen, MigrantI_nnen rückt zugleich in den Hintergrund. Die Immobilienwirtschaft, Bauunternehmen und die Wohnungsspektulant_Innen inszenieren sich als Opfer und nutzen die Chance, nicht nur von ihren Profitinteressen abzulenken, sondern auch, um alle Mietproteste mal unter eine Art „Generalverdacht“ zu stellen, alles kaputt machen zu wollen.

Diese

Kriminalisierungsversuche aller, die sich gegen die Verdrängung wehren, lehnen wir ab. Wir fordern die Auflösung der SOKO Linx, der Bespitzelung der Szene und der Polizeikontrollen. Nicht brennende Bagger und aus Wut und Empörung erwachsende individuelle, politisch falsche Aktionen, sondern die Profithaie in der Bau- und Immobilienwirtschaft stellen das eigentliche Problem dar. Durch die Ausschreibung eines Kopfgeldes zeigen die Polizeibehörden freilich einmal mehr, dass ihnen die „Anschläge“ nur als Vorwand für verschärfte Repression, Bespitzelung und Hetze dienen, dass sie als Erfüllungsgehilfen auf Seiten des Kapitals stehen.

Auch

wenn wir den Willen, etwas gegen die Verdrängung zu tun, berechtigt finden, so schaden individuelle „autonome“ Brandlegungen oder physische Angriffe auf Vertreter_Innen des Kapitals dem Widerstand gegen die neue Immobilienwirtschaft jedoch mehr, als dass sie ihm helfen. Sie bieten keine Perspektive und erweisen sich als politisch kontraproduktiv. Sie stoppen die Vorhaben nicht. Allenfalls verzögern sie einzelne Baumaßnahmen. So erklärte ein Verantwortlicher einer

Immobilienfirma im MDR-Fernsehen, dass der Bau höchstens um ein paar Wochen verzögert wäre, wenn Bagger auf einer Baustelle brennen würden. Und ob Angriffe auf Mitarbeiter_Innen überhaupt irgendeinen Effekt auf die Bauzeit haben, sei dahingestellt.

Aktionen

wie der physische Angriff auf eine Mitarbeiterin einer Immobilienfirma dienen eher den Zwecken jener, die sich eine goldene Nase am Elend der Mieter_Innen verdienen. Sie tragen letztlich einen reaktionären Charakter. Für einen Großteil der Mieter_Innen führen solche Aktionen zur Abwendung von einer radikalen Perspektive für die Wohnungsfrage. Selbst jene, die es für sinnvoll halten, werden höchstens auf die nächsten geheimen Aktionen dieser anonymen autonomen Jedi-Ritter_Innen hoffen, als dass sie aktiv werden. Die individuelle Kleingruppenaktivität lässt also selbst Sympathisierende als passive Zuschauer_Innen zurück, verkommt im Grunde zu einer Form von Stellvertreter_Innenpolitik.

Den

Zwecken des Wohnungsbaukapitals kommt das durchaus gelegen. Die Masse der Mieter_Innen wird verunsichert und von der notwendigen Organisierung eher abgeschreckt denn ermutigt. Dabei könnte nur eine Bewegung die Verdrängung stoppen, die sich auf breite Bündnisse, Mieter_Innenversammlungen und -komitees stützt und um konkrete politische Forderungen formiert - nicht nur in Connewitz, sondern in ganz Leipzig, ja bundesweit.

Der

Wohnungsmarkt selbst bildet schließlich einen Teil des kapitalistischen Gesamtsystems. Diesem droht die Krise, doch das Grundbedürfnis zu wohnen hat noch Potential für höhere Renditen. Gleichzeitig subventioniert der Staat Investitionen in Betongold massiv, ob über Baubezuschussung oder indirekt durch Wohngeld. Der Kampf der Mieter_Innen muss daher als Klassenkampf geführt werden. Die Bedürfnisse, zu wohnen und hieraus Gewinn zu schlagen, stehen einander entgegen. Und so werden es wohl kaum die sich abgrenzenden

individuellen autonomen Gruppen sein, denn um die Gewinne am Wohnungsmarkt zu vereiteln und ausreichend leistbaren und hochwertigen Wohnraum schaffen zu können, braucht es definitiv mehr und mächtigere Aktivist_Innen.

Somit

brauchen wir eine antikapitalistische bundesweite Mieter_Innenbewegung. Hierfür brauchen wir eine Strategiekonferenz, in der wir offen um eine Perspektive der Mieter_Innenbewegung streiten und gemeinsam in Aktion treten. Eine erfolgreiche Bewegung braucht den Schulterschluss mit der Arbeiter_Innenbewegung. Wir müssen jede Mieterhöhung als Angriff auf unsere Löhne verstehen. Die Aufgabe von kämpfenden Arbeiter_Innen ist es hier, die Gewerkschaften und die Beschäftigten in der Branche (z. B. Bauarbeiter_Innen, Reinigungskräfte, Instandhaltung, Hausmeister_Innen, ...) ins Boot zu holen.

Wir

müssen die Wohnungsfrage mit der Eigentumsfrage verbinden. Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Immobilienkonzerne unter Kontrolle der Mieter_Innen und Beschäftigten sind hier ein Ansatzpunkt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen, welche durch ihre Aktionen das Konzept der Enteignung wieder in aller Munde gebracht hat. So muss nun beispielsweise auch die SPD einen mehr oder minder löchrigen Mietendeckel umsetzen. Aber die Organisation gegen hohe Mieten und Luxus-Neubauten darf sich nicht nur grundsätzlich auf die Wohnungsfrage beziehen, sie muss erweitert werden auf alle Fragen, die das Leben in einer Stadt, also beispielsweise Kulturräume und öffentliche Verkehrsmittel, und generell den Kampf gegen den Kapitalismus, also Enteignung der Betriebe und demokratische Arbeiter_Innenkontrolle, betreffen. Daher fordern wir, die entschädigungslose Enteignung aller „Miethaie“ und die Kontrolle des Wohnraums unter Arbeiter_Innenkontrolle zu stellen, sowie einen massiven Ausbau von Sozialwohnungen und Infrastruktur in der Stadt,

kostenlose öffentliche Nahverkehrsmittel und Kulturangebote für alle.

Stellungnahme zu den Diffamierungsversuchen von Menschen aus der Linkspartei Leipzig und der „Jugend gegen Rechts“

Von der Ortsgruppe Leipzig

Aufgrund der anhaltenden Repressionen, Bedrohungen, Angriffen und falschen Anschuldigungen werden wir, Revolution, nun auch Stellung nehmen zu den Diffamierungen und Lügen, die gegen unsere Organisation verbreitet wurden.

Bevor wir zu dem inhaltlichen Teil kommen: leider wurden als Hauptquelle des hetzerischen Schreibens Thesen und Publikationen der Gruppe ArbeiterInnenmacht (im Folgenden: GAM) gewählt. Gleich zu Beginn des Pamphlets wurde angeführt, dass wir die Jugendorganisation der GAM wären. Das ist falsch. Wir sind sowohl programmatisch, finanziell als auch organisatorisch unabhängig von der GAM. Dass wir mit den Genoss_Innen der GAM zusammen arbeiten, ist richtig, aber es ist mehr als lächerlich, eine Gruppe für die inhaltlichen Auseinandersetzungen einer anderen Gruppe aus diversen Bündnissen entfernen zu wollen. Aus diesem Grund werden wir hier nicht weiter auf diese Quelle eingehen, da wir diese Texte, die aus den 1980er-1990er Jahren stammen, nicht selbst verfasst haben. Auf unserer Homepage finden sich einige Texte, die den Verfasser_innen Aufschluss über

die Positionen unserer (!) Organisation zu den Themen Nahost-Konflikt und Antisemitismus gegeben hätten. Wir haben uns mit diesem Schreiben trotzdem noch einmal Zeit genommen, um ihnen exklusiv unsere Position ein weiteres Mal darzustellen. Eins sei aber noch gesagt: wir finden in der Tat auch, dass die Formulierungen in dieser Quelle teilweise sehr unglücklich gewählt sind, jedoch halten wir ihre grundlegenden Analysen für richtig.

Was ist eigentlich Antisemitismus ?

Wir, als kommunistische Jugendorganisation, kämpfen für eine befreite Gesellschaft und stellen uns gegen jegliche Unterdrückungsmechanismen. Dazu gehören bspw. Sexismus, Rassismus, Homophobie und auch Antisemitismus. Antisemitismus ist unserer Meinung nach aber nicht ein Phänomen, was allein aufgrund von Verblendung oder Böswilligkeit entstanden ist und entsteht, sondern etwas, das in einem größeren sozio-ökonomischen Kontext betrachtet werden muss.

Ob nun Übergriffe auf Synagogen, Jüd_Innen oder auch Verschwörungstheorien zum Thema „Weltjudentum“ - Antisemitismus erleben wir seit ein paar Jahren wieder besonders stark, seitdem es einen allgemeinen Rechtsruck in unserer Gesellschaft gibt. Dementsprechend sind auch laut polizeilicher Kriminalstatistik die antisemitischen Straftaten 2017 um 2,5 Prozent auf 1.504 Fälle gestiegen. Entgegen der Darstellung von Rechtspopulist_innen gehören zur Tätergruppe dieser Straftaten hauptsächlich weiße, deutsche Rechte.

Antisemitismus funktioniert im Kapitalismus als eine Form des Rassismus, indem systeminhärente Widersprüche auf Jüdinnen und Juden als „Sündenböcke“ ideologisch abgeleitet werden. Wir betrachten den Antisemitismus als eine Ideologie, bei der durch die ökonomische Krisenhaftigkeit des Kapitalismus erzeugte soziale Abstiegsängste verschiedener Bevölkerungsgruppen auf Jüdinnen und Juden als Feindbilder projiziert und mit universalistischen Verschwörungs- und Unterwanderungstheorien verknüpft werden. Dabei suggeriert der Antisemitismus, dass durch die Konstruktion einer angeblichen „jüdischen Finanzmacht“ mit Weltherrschaftsambitionen, die „natürlich gewachsenen

und gesunden kapitalistischen Nationalstaaten“ unterwandert werden würden.

Der Antisemitismus reproduziert sich also aus konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen heraus und kann dementsprechend auch nur bekämpft werden, indem das System, das ihn hervorbringt, als Ganzes aufgelöst wird. Diese Analyse steht der in vielen linken Kreisen weit verbreiteten Annahme entgegen, dass der Antisemitismus bestimmten Ethnien wie „den Deutschen“ oder „den Muslim_Innen“ genuin zugeschrieben werden könne.

Sicher, nur weil es Sozialismus gibt, würden nicht alle antisemitischen Ressentiments automatisch aus allen Köpfen gedrängt. Jedoch ist es die materielle Grundlage, die definitiv nötig sein wird, um Antisemitismus in seiner Struktur und seinen Reproduktionsbedingungen zu bekämpfen. Unser Kampf gegen den Kapitalismus ist für uns somit immer auch ein Kampf gegen Antisemitismus. Und wie Lenin so schön sagte:

„Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen, die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige: sie bilden die Mehrheit. Was die Unterdrückung durch das Kapital anbelangt, sind sie unsere Brüder, im Kampf für den Sozialismus sind sie unsere Genossen.“

Unsere Solidarität mit Palästina ist und war niemals antisemitisch!

Da die herrschende Produktionsweise also den primären Grund für die Entstehung von Antisemitismus darstellt, halten wir die Gründung eines neuen explizit jüdischen Nationalstaates, wie es die Ideologie des Zionismus vorsieht, auch nicht für eine adäquate Lösung, die dem Problem gerecht wird. Die Existenz des israelischen Staates ist nur gesichert, solange imperialistische Schutzmächte wie die USA oder Deutschland einen ökonomischen Nutzen daraus ziehen. Das oft beschworene „brüderliche Band der westlichen Werte“ kann schnell reißen, wenn ein profitablerer Partner in der Region gefunden ist. Das Versprechen des Zionismus, die Jüdinnen und Juden wieder zum Subjekt ihrer eigenen Geschichte zu machen, ist also eine

Farce. Der israelische Staat ist somit kein Schutzraum, sondern ein Käfig. Unserer Auffassung nach ist Israel, wie jeder andere bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat auch, eine Klassengesellschaft, in der die Mehrheit die Lohnabhängigen selbst darstellen, die nichts haben, als ihre Arbeitskraft und deren Interessen denen der herrschenden Besitzenden diametral entgegenstehen.

Auch innerhalb der israelischen Gesellschaft gibt es eine Spaltung und rassistische Unterdrückung durch die , Aschkenasim, auch „Weiße“ genannt, da ihre Vorfahren aus Europa und Nord-Amerika kamen gegen die Mizrachim, also Jüdinnen und Juden, deren Vorfahren aus dem Nahen Osten stammen. Beispielsweise verdienten noch im Jahr 2004 die Aschkenasim im Durchschnitt 36 Prozent mehr als die Mizrachim, denen mangelnde Integration in die israelische Gesellschaft vorgeworfen wird.

Ferner machte die israelische Staatsgründung palästinensische Geflüchtete zu einer der größten Vertriebenengruppen weltweit. Während die Palästinenser_innen, die im Zuge des Gründungskrieges 1948 in die heutigen palästinensischen „Autonomiegebiete“ vertreiben wurden, heute in Freiluftgefängnissen leben, die noch dazu alle paar Jahre bombardiert werden, fristen diejenigen Palästinenser_innen, die eine israelische Staatsbürgerschaft ergatterten konnten, ein Leben als Bürger_innen zweiter Klasse. Unsere Antwort kann nur Widerstand gegen die Besatzung und der gemeinsame Kampf aller Unterdrückten, über nationale Trennlinien hinweg, sein. Wenn wir sagen, dass wir gegen Rassismus und Fluchtursachen kämpfen, müssen wir auch gegen ein globales Wirtschaftssystem kämpfen, das die Welt im Sinne der wirtschaftlich führenden Staaten in militärische Einflussspähren, abhängige Halb-Kolonien und wirtschaftliche Interessengebiete einteilt und somit aktuell 64 Millionen Menschen weltweit zur Flucht zwingt. Jede nationale Befreiungsbewegung (ob kurdisch, palästinensisch, belutschisch, in der Westsahara, ...) richtet sich in irgendeiner Weise erst einmal (unabhängig von ihrer teilweise auch rückschrittlichen Führung) in selbstbestimmter Weise gegen diese gegenwärtige Aufteilung der Welt und verdient deshalb im Kampf gegen den Imperialismus - der wichtigsten Fluchtursache weltweit - unsere Solidarität.

Einige Kräfte aus dem Rojava-Soli-Bündnis, aus dem wir im Zuge des Diffamierungsschreibens ausgeschlossen wurden, haben diesen Punkt scheinbar noch nicht richtig verstanden. Sowohl die kurdische als auch die palästinensische Befreiungsbewegung werden durch die imperialistische Ordnung kapitalistischer Nationalstaaten an ihrer Verwirklichung behindert. Auch in Deutschland werden sie bspw. durch den Paragraphen §129b (Terrorgesetz) staatlich verfolgt. Seit jeher existierte Solidarität zwischen den beiden Bewegungen, die sich beispielsweise in gemeinsamen Ausbildungscamps für Guerilla-Kämpfer_innen ausdrückte. Wenn irgendwelche Deutschen in Leipzig auf die Idee kommen, diese Bewegung künstlich zu spalten, schwächt das nur ihre Schlagkraft und hat für uns wenig mit Solidarität zu tun.

Kapitalistische Nationalstaaten werden jedoch keiner Bevölkerungsgruppe Schutz vor Verfolgung bieten können. Auch kein Israel. Deshalb treten wir im Kampf gegen Antisemitismus auch sehr wohl für demokratische Selbstverteidigungsstrukturen gegen antisemitische Übergriffe ein. Jedoch würden wir es niemals wagen, einen bürgerlichen Staat zu unterstützen, auch nicht, wenn sich dieser einen „jüdischen“ Anstrich gibt. Den palästinensischen Widerstand gegen die israelische Besatzung halten wir dagegen für legitim und notwendig. Das heißt jedoch nicht, dass wir Jüdinnen und Juden das Recht absprechen auf dem Gebiet des heutigen Israels zu leben. Nur der gemeinsame Kampf der israelischen und palästinensischen Arbeiter_Innenbewegung kann den Nationalismus auf beiden Seiten durch internationale Solidarität ersetzen.

Deshalb ist es auch unsere Pflicht, die rückschrittliche Führung der palästinensischen Befreiungsbewegung herauszufordern. Während wir uns jedoch bedingungslos hinter den Widerstand gegen die Besatzung und Militärinterventionen stellen, kämpfen wir innerhalb der Bewegung für die sozialistische Perspektive eines multiethnischen, säkularen Arbeiter_Innenstaates. Dazu braucht es soziale Forderungen und internationale Solidarität der Arbeiter_Innenklasse! Denn nur in einem säkularen und sozialistischen Arbeiter_Innenstaat kann ein friedliches und freies Zusammenleben unabhängig von Religion, Geschlecht und Hautfarbe

möglich sein.

Uns ist auch bewusst, dass „Kritik“ am israelischen Staat oft antisemitisch motiviert ist oder für antisemitische Hetze missbraucht wird. Das lehnt REVOLUTION nicht nur ab, sondern geht auch aktiv dagegen vor. So stellen wir uns nicht nur regelmäßig antisemitischen Neonazis in den Weg sondern waren auch aktiv gegen die neue rechte „Friedensbewegung“ und bemüht reaktionäre, rassistische und antisemitische Kräfte von den großen TTIP Demonstrationen auszuschließen. Eine analytische Gleichsetzung der Politik des israelischen Staates mit dem Judentum - wie es Neonazis oder Neurechte häufig tun - halten wir für zutiefst falsch und verabscheuungswürdig. Genauso müssen jedoch auch die jeweiligen Negationen Antizionismus und Antisemitismus analytisch trennscharf voneinander unterschieden werden. Die Verfasser_innen der Hetzschrift gegen uns haben das offensichtlich nicht getan, was wir für sehr problematisch halten. Um die Lebensrealität der tatsächlich in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden oder das Schicksal von Millionen in Israel lebenden Israelis und Palästinenser_innen scheint es den Verfasser_innen wohl kaum zu gehen. Vielmehr benutzen sie das Judentum als Projektionsfläche, um uns als Antisemit_innen zu denunzieren, begrifflich in die Ecke von Neonazis und Rechtspopulist_Innen zu rücken und uns politisch mundtot zu machen. Diesen schlimmen Vorwurf lassen wir uns nicht gefallen!

Da der Antisemitismus im Zuge des Rechtsrucks stark zunimmt, müssen wir gegen den erstarkenden Rassismus und die FaschistInnen kämpfen. Das geht aber nur gemeinsam! Zusammen mit den Gewerkschaften, der Basis von SPD und Linkspartei, der radikalen Linken, der Jugend und der ArbeiterInnenklasse müssen wir eine Einheitsfront aufbauen und uns nicht gegenseitig sektiererisch bekämpfen und aus antifaschistischen Strukturen schmeißen. Vielmehr braucht es innerhalb dieser Strukturen Kritik- und Propagandafreiheit, also Kanäle für solidarische Kritik und kontroverse Diskussionen über die Ausrichtung unserer Politik. Spaltung und Diffamierung werden unsere Bewegung jedoch nur schwächen und dazu führen, dass die Rechten die Oberhand gewinnen. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden. Denn im Kampf gegen Faschismus dürfen wir uns nicht

auf Staat und Polizei verlassen. Innerhalb der Einheitsfront müssen wir auch kollektiv die Selbstverteidigung aufbauen, indem wir Selbstverteidigungskomitees errichten.

In Leipzig stellt sich diese Frage umso dringender, denn am 1. September sind in Sachsen Landtagswahlen und die AfD liegt laut derzeitigen Umfragen bei 25-27 Prozent. Eine Regierungskoalition zwischen CDU und AfD ist nicht unwahrscheinlich. Dazu kommt noch, dass das neue reaktionäre Polizeigesetz dann der AfD in die Hände fallen könnte und diese mit aller Härte und Autorität gegen uns Jugendliche, Geflüchtete, Migrant_Innen und Linke im Allgemeinen, aber auch Journalist_Innen vorgehen wird. Diffamierungskampagnen, Ausschlüsse und Verleumdungen sind das letzte was wir hier gerade brauchen können. Alle ernsthaften und aufrichtigen Antifaschist_innen fordern wir deshalb auf, gemeinsam Widerstand zu organisieren, statt diesen zu blockieren!

Revo vor Ort: Bildungsstreik in Kassel

von der Kassler OG

1.000 Schüler_Innen auf die Straße - welche Stärken und welche Schwächen haben sich gezeigt?

Die Situation in den Kassler Schulen ist katastrophal. Es tropft von den Decken, die Bestuhlung ist in einem erbärmlichen Zustand; es mangelt materiell an allem. Doch nicht nur das: Zu wenig Lehrer_Innen sorgen für überfüllte Klassen und gestresstes Lehrpersonal. Die Bildungsqualität leidet darunter massiv. Deshalb sind bis zu 1.000 Schüler_Innen dem Unterricht

ferngeblieben und dem Aufruf des Bündnis „Unsere Zukunft erkämpfen“ auf die Straße gefolgt. Dass die gewaltige Zahl vom Schulstreik letztes Jahr nahezu wiederholt werden konnte zeigt, dass die Probleme keineswegs gelöst wurden und Schüler_Innen verschiedenster Schulformen weiterhin bereit sind sich dagegen zu organisieren und zu kämpfen.

Nichtsdestotrotz weist der Aufruf des Bündnis erneut eine gewisse politische Schwäche auf. Die einzige Forderung die gestellt wird ist, dass die Stadt mehr Geld für Bildung ausgeben soll. Die Frage wieso der Bildungssektor chronisch unterfinanziert ist, nicht nur in Kassel, wird leider nicht gestellt. Wer genauer hinsieht erkennt, dass die Unterfinanzierung im Bildungssektor seinen Ursprung in unserem Wirtschaftssystem hat. Die Menschen sollen so schnell und billig wie möglich durch die Schulen und Unis und ausbeutbare Arbeitskräfte für die Wirtschaft werden. In einem Wirtschaftssystem, wo die gesamte Gesellschaft den Profiten der Konzerne untergeordnet ist, ist Bildung zwangsläufig unterfinanziert - denn Bildung kostet den Staat Geld und bringt nicht unmittelbar Geld ein. Dies muss unbedingt thematisiert werden, wenn man eine Perspektive über den Schulstreik hinaus aufzeigen will. Letztlich kann die Bildungstreikbewegung nur siegreich sein, wenn sie mit ihren Forderungen über den Kapitalismus hinausgeht und den Kampf mit anderen Kämpfen z.B. für höhere Löhne, gegen Rassismus und Krieg usw. zusammenführt.

Trotz alledem freut uns die Masse an Schüler_Innen die, sich jeden Dezember in Kassel für bessere Bildung auf die Straße begeben und hoffen, dass es jedes Jahr mehr werden!